



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Herausgeber: Bezirksregierung Münster

Münster, den 23. Februar 2024

Nummer 8

INHALTSVERZEICHNIS

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung	89	C: Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen	91
51 Genehmigung und Bekanntmachung der Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes KAAW	89	54 Bekanntmachung des Zweckverbandes Mobilität Münsterland	91
52 Bekanntmachung gemäß § 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)	89	55 Haushaltssatzung	91
53 Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 7 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)	90		

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

51 Genehmigung und Bekanntmachung der Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes KAAW

Die nachstehenden Änderungen zur Verbandssatzung des Zweckverbandes Kommunale ADV-Anwendergemeinschaft West (KAAW) habe ich mit Verfügung vom heutigen Tage gemäß Art. 3 Abs. 2 Satz 2 des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Nordrhein-Westfalen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände - Bekanntmachung vom 26.11.1969 - (SGV 202) genehmigt.

Die Änderungen der Verbandssatzung werden hiermit gemäß § 20 Abs. 4 in Verbindung mit § 11 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) bekannt gemacht. Die Änderungen werden am Tag nach der Veröffentlichung in diesem Amtsblatt wirksam.

Münster, den 15. Februar 2024 Bezirksregierung Münster
Az.: 31.1.23.06-002/2023.0002

Im Auftrag
gez. Hoofe

Die Satzung des Zweckverbandes Kommunale ADV-Anwendergemeinschaft West (KAAW) wird wie folgt geändert:

- In § 1 Absatz 1 wird die Aufzählung der Verbandsglieder wie folgt um zwei weitere Mitglieder ergänzt:
Zwischen
 - „Gemeinde Heiden“ und
 - „Gemeinde Hopsten“ wird
 - „Stadt Heiligenhaus“ eingefügt.Zwischen
 - „Gemeinde Saerbeck“ und
 - „Gemeinde Schöppingen“ wird
 - „Stadt Selm“ eingefügt.
- In § 9 Absatz 1 wird das Wort „neun“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.

52 Bekanntmachung gemäß § 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)

Bezirksregierung Münster Münster, den 15.02.2024
52-500-0019579/0001.V Domplatz 1 - 3, 48147 Münster

Die Bioenergie Heek-Ahle GmbH & Co. KG, Ahle 107, 48619 Heek hat die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Biogasanlage mit Gasaufbereitungsanlage gemäß §§ 4, 6 BImSchG in der Benzstraße in 48619 Heek, Gemarkung Heek, Flur 54, Flurstück 19 beantragt.

Gegenstand des Antrages:

Errichtung und Betrieb einer Biogasanlage mit Gasaufbereitungsanlage zur Erzeugung von Biogas zur Gewinnung von regenerativer Energie.

Ferner wurde die Zulassung des vorzeitigen Beginns gemäß § 8a BImSchG (hier: Erd- und Fundamentarbeiten) beantragt.

Die Anlage soll nach der Genehmigung errichtet und betrieben werden.

Gemäß den Bestimmungen des BImSchG und der 4. Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen) bedarf das beantragte Vorhaben einer Genehmigung nach diesen Vorschriften.

Das beantragte Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 BImSchG bekannt gemacht. Die Veröffentlichung erfolgt zeitgleich auf der Internetseite der Bezirksregierung Münster www.brms.nrw.de/go/verfahren und des Amtsblattes der Bezirksregierung Münster.

Bei dem Vorhaben handelt es sich um eine Anlage gemäß Anhang Nr. 8.6.3.1, 1.16, 9.1.1.2 und 9.36 der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV), die gemäß Art. 10 der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen (IED-Richtlinie) zudem als IED-Anlage einzustufen ist.

Der Genehmigungsantrag und die dazugehörigen Unterlagen liegen nach der Bekanntmachung einen Monat, vom

04.03.2024 bis einschließlich 03.04.2024, während der Dienststunden zur Einsicht bei folgenden Behörden aus:

1. Gemeindeverwaltung Heek
Bahnhofstraße 60, 48619 Heek
Ansprechpartnerin: Frau Lösing, Zimmer 108 (EG)
Während der Dienststunden in der Zeit
von montags bis donnerstags von 08:30 Uhr bis 12:30 Uhr
und von 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr
donnerstags zusätzlich bis 18:00 Uhr
und freitags von 08:00 Uhr bis 12:30 Uhr
Außerhalb dieser Zeiten sind Terminvereinbarungen
(Tel.: 02568/9300-18) möglich.
2. Bezirksregierung Münster, Dezernat 52, Büro N 4019,
Albrecht-Thaer-Straße 9, 48147 Münster
Für die Einsichtnahme ist eine Terminabsprache unter
Tel.: 0251/411-5961 erforderlich.

Maßgeblich ist der Inhalt der zur Einsichtnahme bei den oben genannten Stellen ausliegenden Antragsunterlagen.

Etwaige Einwendungen gegen das Vorhaben können vom 04.03.2024 bis einschließlich 03.05.2024 bei den vorgenannten Behörden schriftlich oder elektronisch vorgebracht werden. Mit Ablauf dieser Frist sind für dieses Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Dies gilt nicht für ein sich anschließendes Gerichtsverfahren. Die Einwendungen sollen die volle leserliche Anschrift (in Blockschrift) des Einwenders tragen. Eine einfache E-Mail ist dafür ausreichend. Die E-Mail-Adresse lautet: dez52@bezreg-muenster.nrw.de.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Einwendungsschreiben an die Antragstellerin sowie den beteiligten Behörden zur Stellungnahme weitergegeben werden. Auf Verlangen der jeweiligen Einwender/Innen wird deren Namen und Anschrift unkenntlich gemacht, soweit diese Angaben nicht zur Beurteilung des Inhaltes der Einwendung oder Stellungnahme erforderlich sind.

Fristgerecht erhobene Einwendungen werden, soweit dies auf Grund einer Ermessensentscheidung der Genehmigungsbehörde gemäß § 16 der 9. BImSchV für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 6 BImSchG von Bedeutung ist, in einem Erörterungstermin am 04.06.2024 um 09:00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses der Gemeinde Heek, Bahnhofstraße 60 in 48619 Heek, erörtert. Soweit die Erörterung an dem angegebenen Tag nicht abgeschlossen wird, ist die Fortführung an dem darauffolgenden Werktag vorgesehen.

Die Erörterung der fristgerecht erhobenen Einwendungen findet, sofern der Termin anberaumt wird, auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder der Personen, die Einwendungen erhoben haben, statt.

Sollte der Erörterungstermin nicht stattfinden, wird dieses rechtzeitig bekanntgemacht.

Der Erörterungstermin ist öffentlich. Ein Recht zur Teilnahme haben neben den Vertretern der beteiligten Behörden die Antragstellerin, deren Bevollmächtigte und diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben. Sonstige Personen können als Zuhörer am Termin teilnehmen, sofern genügend freie Plätze zur Verfügung stehen. Eine Abschrift der Niederschrift über den Verlauf und des Ergebnisses des Erörterungstermins wird dem Antragsteller übersandt, auf Antrag auch dem Einwendenden. Die Zustellungen können durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Kosten, die durch die Einsichtnahme in die Antragsunterlagen und die Teilnahme an dem Erörterungstermin entstehen, können nicht erstattet werden.

Eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 7 UVPG ist für die geplante Errichtung und den Betrieb der Anlage nach der Nr. 8.4.2.2 des Anhangs 1 der UVPG nicht notwendig, da eine Umweltverträglichkeitsprüfung bereits gem. § 50 UVPG während der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 83 „Gewerbepark HeekWest IV.“ stattgefunden hat und keine zusätzlichen oder andere erhebliche Umweltauswirkungen des Vorhabens zu erwarten sind.

Im Auftrag
gez. Matthis Münte
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2024 S. 89-90

53 Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 7 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)

Bezirksregierung Münster
500-53.0024/23/0018765-0001/0001.V

Münster, den 15.02.2024
Domplatz 1-3, 48143 Münster
dez53@brms.nrw.de

Die Bezirksregierung Münster hat der Firma GTS Green Teuto Systemtechnik GmbH, Am Schierfeld 20 in 49479 Ibbenbüren mit Datum vom 14.02.2024 eine Genehmigung mit folgendem verfügenden Teil erteilt:

„Ich erteile Ihnen gemäß §§ 4 und 6 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und Nummer 3.10.1 (Verfahrensart G, E) des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) die

Genehmigung

zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur Behandlung und Lackierung von Werkstücken.

Die Genehmigung umfasst die Errichtung und den Betrieb eines Oberflächenzentrums in Ibbenbüren mit den erforderlichen Einrichtungen.

Die Anlage darf auf dem Grundstück Am Schierfeld 20 in 49479 Ibbenbüren (Gemarkung Ibbenbüren, Flur 73, Flurstück 230) errichtet und betrieben werden.

Die Anlage ist entsprechend den mit dieser Genehmigung verbundenen Antragsunterlagen zu errichten und zu betreiben, soweit in den Nebenbestimmungen nichts anderes bestimmt ist.

Die Antragsunterlagen sind Bestandteil dieser Genehmigung.

Die Kosten des Verfahrens trägt die Antragstellerin.“

Ich weise darauf hin, dass der Genehmigungsbescheid unter Auflagen ergangen ist, unter anderem zum Baurecht/Brand-schutz, Immissionsschutzrecht, Wasserrecht, Bodenschutzrecht und des Abfallrechts.

Eine Ausfertigung des gesamten Bescheides liegt in der Zeit vom 26.02.2024 bis einschließlich 11.03.2024 während der Dienststunden an folgenden Stellen aus:

1. Stadt Ibbenbüren, Fachdienst Stadtplanung, Roncallistr. 3-5, 49477 Ibbenbüren
2. Bezirksregierung Münster, Dezernat 53, Zimmer N 5011, Albrecht-Thaer-Str. 9, 48147 Münster

Gemäß § 10 Abs. 8a BImSchG ist der Bescheid auf der Internetseite der Bezirksregierung Münster dauerhaft verfügbar.

Der Bescheid kann bis zum Ablauf der Klagefrist von denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, bei der Bezirksregierung Münster schriftlich oder elektronisch angefordert werden.

Mit dem Ende der genannten Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach

Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Münster erhoben werden.

Im Auftrag
gez. Fürstenau

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2024 S. 90-91

C: Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

54 Bekanntmachung des Zweckverbandes Mobilität Münsterland

Die 16. Sitzung der Verbandsversammlung der sechsten Wahlperiode des Zweckverbandes Mobilität Münsterland findet statt am Dienstag, den 05.03.2024, 15:30 Uhr, im Landeshaus des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe, Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48147 Münster.

Tagesordnung

öffentlicher Teil:

1. Vorlagen des ZVM

- 1.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2023
- 1.2 Nachtrag Jahresabschluss 2022
- 1.3 Förderrichtlinie Umrüstung Schließsystem RadBox. NRW

2. Mitteilungen des Vorsitzenden bzw. des Verbandsvorstehers

- 2.1 Sachstand Masterplan Mobilität Münsterland
- 2.2 Sachstand Automatisches Fahrgastzählsystem (AFZS)

3. Anfragen der Mitglieder der Verbandsversammlung
(liegen nicht vor)

4. Vorlagen des NWL

- 4.1 Jahresfahrplan 2025
- 4.2 Deutschlandticket (ab 5/2024)
- 4.3 Jahresförderprogramm-Nachrücker 2024
- 4.4 WT-Revision – Sachstand Umstrukturierung WT

5. Mitteilungen des NWL

- 5.1 Tagesordnung der NWL-Verbandsversammlung am 11.03.2024

6. Anfragen der Mitglieder der Verbandsversammlung zu NWL-Themen
(liegen nicht vor)

nicht öffentlicher Teil:

7. Vorlagen des ZVM

(liegen nicht vor)

8. Mitteilungen des Vorsitzenden bzw. des Verbandsvorstehers

(liegen nicht vor)

9. Anfragen der Mitglieder der Verbandsversammlung

(liegen nicht vor)

10. Vorlagen des NWL

- 10.1 Strukturelle Weiterentwicklung des NWL
- 10.2 Start Vergabeverfahren Teilnetz Weser-Ems
- 10.3 Vertragsverlängerung HellwegNetz
- 10.4 Abschluss eines Vergleichs im Insolvenzverfahren Abellio
- 10.5 Handlungsoptionen eurobahn

11. Mitteilungen des NWL

(liegen nicht vor)

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2024 S. 91

55 Haushaltssatzung

Aufgrund des § 18 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 13.04.2022 (GV. NRW. S. 490), in Verbindung mit den §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.04.2022 (GV. NRW. S. 490), und den §§ 1 und 19 der Zweckverbandssatzung der EUREGIO hat die Verbandsversammlung der EUREGIO mit Beschluss vom 26. Januar 2024 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024, der die für die Erfüllung der Aufgaben der EUREGIO voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf 3.465.069 EUR

dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 3.502.812 EUR

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 3.464.855 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 3.453.073 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf 0 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf 26.000 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf 0 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf 0 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf

37.743 EUR

und die Verringerung der allgemeinen Rücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf

0 EUR

festgesetzt.

§ 5

Kredite zur Liquiditätssicherung werden nicht beansprucht.

§ 6

Die Mitgliedsbeiträge der Mitgliedskörperschaften werden aufgrund des Artikels 4 Abs. 3 Nr. 13 des Vertrages von Anholt und des Artikels 19 (1) der Zweckverbandssatzung der EUREGIO auf

997.094 EUR

festgesetzt. Eine zusätzliche Verbandsumlage nach § 19 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) wird nicht erhoben.

§ 7

-entfällt-

§ 8

1. Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung werden gemäß § 21 Abs. 1 Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) die zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der Produktbereiche zu Budgets verbunden.
2. Mehrerträge erhöhen gemäß § 21 Abs. 2 KomHVO NRW die Ermächtigungen für Aufwendungen. Diese Mehraufwendungen gelten nicht als überplanmäßige Aufwendungen.
3. Für über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gelten die Regelungen des § 83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Über die Leistung dieser Aufwendungen und Auszahlungen entscheidet der Geschäftsführer in seiner Funktion als Kämmerer im Einzelfall bis zu 30.000 EUR und der Vorstand im Einzelfall bis zu 60.000 EUR.
Darüber hinaus entscheidet der Geschäftsführer in seiner Funktion als Kämmerer mit Zustimmung des Vorstandes über die Leistung dieser Aufwendungen und Auszahlungen im Einzelfall bis zu 1.000.000 EUR, wenn die sich hieraus ergebenden Mehrerträge unter Einbeziehung der Mehrerträge aus internen Leistungsbeziehungen (Gemeinkosten) die Mehraufwendungen um nicht mehr als 25.000 EUR unterschreiten.
4. Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen können mit Zustimmung des Geschäftsführers in seiner Funktion als Kämmerer übertragen werden. Werden sie übertragen, bleiben sie bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar. Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar. Werden Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben die Ermächtigungen bis zum Ende des zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr verfügbar. Im Übrigen gelten für Ermächtigungübertragungen die Bestimmungen des § 22 Abs. 2 – 4 KomHVO NRW.
5. Investitionsmaßnahmen werden gemäß § 4 Abs. 4 KomHVO NRW einzeln im Haushaltsplan ausgewiesen, wenn sie einen Auszahlungsbedarf von 50.000 EUR überschreiten.

Begrotingsreglement

Op grond van § 18 lid 1 van het *Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit* (GkG NRW) in de versie gepubliceerd op 1 oktober 1979 (GV. NRW. blz. 621), laatstelijk gewijzigd bij artikel 5 van het wet van 13 april 2022 (GV. NRW. blz. 490), in combinatie met §§ 78 e.v. van de *Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen* (GO NRW) in de versie gepubliceerd op 14 juli 1994 (GV. NRW. blz. 666), laatstelijk

gewijzigd bij artikel 1 van de wet van 13 april 2022 (GV. NRW. blz. 490), en §§ 1 en 19 van de *Gemeenschappelijke Regeling van de EUREGIO* heeft het Algemeen Bestuur van de EUREGIO bij besluit van 26. januari 2024 het volgende begrotingsreglement aangenomen

§ 1

De begroting voor het begrotingsjaar 2024, die de voor de vervulling van de taken van de EUREGIO geraamde baten en lasten omvat, inclusief ontvangen stortingen en te verrichten betalingen en noodzakelijke vastleggingskredieten, wordt

in het exploitatie-overzicht vastgesteld op

totaalbedrag van baten 3.465.069 EUR

totaalbedrag van lasten 3.502.812 EUR

in het kasstroom-overzicht vastgesteld op

totaalbedrag van ontvangsten uit gewone bedrijfsvoering

3.464.855 EUR

totaalbedrag van betalingen uit gewone bedrijfsvoering

3.453.073 EUR

totaalbedrag van ontvangsten uit de investeringsactiviteit

0 EUR

totaalbedrag van betalingen uit de investeringsactiviteit

26.000 EUR

totaalbedrag van ontvangsten uit de financieringsactiviteit

0 EUR

totaalbedrag van betalingen uit de financieringsactiviteit

0 EUR.

§ 2

Er worden geen kredieten voor investeringen begroot.

§ 3

Er worden geen vastleggingskredieten begroot.

§ 4

De gebruikmaking van de egalisatiereserve op grond van het verwachte jaarresultaat in het exploitatie-overzicht wordt vastgesteld op

37.743 EUR

en de verlaging van de algemene reserve op grond van het verwachte jaarresultaat in het exploitatie-overzicht wordt vastgesteld op

0 EUR.

§ 5

Er wordt geen beroep gedaan op kredieten ter waarborging van de liquiditeit.

§ 6

De ledenbijdragen van de lidorganen worden overeenkomstig artikel 4 lid 3 (13) van het Verdrag van Anholt en van artikel 19 (1) van de *Gemeenschappelijke Regeling van de EUREGIO* vastgesteld op

997.094 EUR.

Naast deze ledenbijdragen wordt er geen *Verbandsumlage* overeenkomstig § 19 van het *Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit* (GkG NRW) opgelegd.

§ 7

-vervalt-

§ 8

1. Ten behoeve van een flexibel begrotingsbeheer worden overeenkomstig § 21 lid 1 *Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen* (KomHVO NRW) de constante baten en lasten alsmede ontvangsten en betalingen binnen de productgebieden tot budgets samengevoegd.

2. Meeropbrengsten verhogen overeenkomstig § 21 lid 2 KomHVO NRW de bevoegdheden voor te maken kosten. Deze meerkosten worden niet als bovenplanmatige lasten beschouwd.
3. Voor bovenplanmatige en niet-budgettaire kosten en betalingen gelden de bepalingen van § 83 van de *Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen* (GO NRW). Over de betaling van deze kosten en de verrichting van deze betalingen beslist de directeur-bestuurder in zijn hoedanigheid van "Kämmerer" (financieel beheerder) van geval tot geval tot een bedrag van 30.000 EUR en het Dagelijks bestuur van geval tot geval tot een bedrag van 60.000 EUR.
Daarnaast beslist de directeur-bestuurder in zijn hoedanigheid van "Kämmerer" (financieel beheerder) met goedkeuring van het Dagelijks bestuur over de betaling van deze kosten en de verrichting van deze betalingen van geval tot geval tot een bedrag van 1.000.000 EUR wanneer de hieruit resulterende meeropbrengsten met inachtneming van de meeropbrengsten uit interne verrekningen (overheadkosten) ten hoogste 25.000 EUR lager zijn dan de meerkosten.
4. Bevoegdheden voor kosten en betalingen kunnen worden overgedragen met goedkeuring van de directeur-bestuurder in zijn hoedanigheid als "Kämmerer" (financieel beheerder). Als ze worden overgedragen, blijven ze tot het einde van het volgende begrotingsjaar bestaan. Bevoegdheden tot het verrichten van betalingen voor investeringen blijven tot de opeisbaarheid van de laatste betaling voor hun doel bestaan. Wanneer investeringsactiviteiten niet in het begrotingsjaar worden gestart, blijven de bevoegdheden tot het einde van het tweede op het begrotingsjaar volgende jaar bestaan. Voor het overige zijn op de overdracht van bevoegdheden de bepalingen van § 22 lid 2 – 4 KomHVO NRW van toepassing.
5. Investeringsactiviteiten worden in de begroting afzonderlijk gespecificeerd overeenkomstig § 4 lid 4 KomHVO NRW wanneer ze een bestedingsniveau van 50.000 EUR overschrijden.

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden
- c) der Vorsitzende der Verbandsversammlung hat den Beschluss der Verbandsversammlung vorher beanstandet
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Zweckverband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Gronau, 16.02.2024

Joris Bengevoord
Vorsitzender der Verbandsversammlung
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2024 S. 91-93

Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Bezirksregierung Münster

48128 Münster

NRW UMWELTSCHUTZ

**Das
Grüne
Telefon:
0251/
4113300**



Eine Information der Landesregierung

Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung – Amtsblattverwaltung – in 48128 Münster zu richten. – Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich. Redaktionsschluss: Freitag 10.00 Uhr. – Bezugspreis jährlich 25,00 € zzgl. Versandkosten jährlich 51,00 €. Einrückungsgebühr für die zweispaltige Zeile oder deren Raum 1,00 €. Für das Belegblatt werden 1,00 € zzgl. 0,50 € Versandkosten erhoben. Bezug von Einzellieferungen: 2,00 € zzgl. 2,00 € Versandkosten, werden Ende des Jahres per Rechnung ausgewiesen.

Abonnementsbestellungen und – Kündigungen wie folgt:

Zum 30.06. eines Jahres – Eingang bis 01.04.

Zum 31.12. eines Jahres – Eingang bis 01.10.

Bezug durch die Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3, 48143 Münster,

Auskunft erteilt Frau Brockmeier, Tel. 0251-411-1097

Email: poststelle@brms.nrw.de

Adressänderungen, Kündigungen etc. ausschließlich an die Bezirksregierung Münster

Druck, Vertrieb und Herausgeber: Bezirksregierung Münster